

BFS-TRENDINFO

10/16

Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

Editorial

Gesellschaft

Familien unter Druck: Im „Ländle“ und im ganzen Land

Bildung

„Das macht Schule“: Ein Unternehmen mit Sinn-Rendite

Integration

Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt: Lehren aus der Vergangenheit

Gesundheit

Krankenhausversorgung: Viel hilft nicht immer viel

Arbeitswelt

Stets erreichbar tut nicht gut

Weltwirtschaft

Globalisierung im Abschwung: Deutschland dennoch auf der Gewinnerseite

Europa

Unterstützung von Fachkräften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Materialien

SOS Europa. Wege aus der Krise – ein Kompass für Europa

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

eigentlich ist es ja ganz einfach. Wer vor einer Operation in guter körperlicher Verfassung ist, wird auch nachher schneller wieder fit. Diese Erkenntnis macht sich das niederländische Gesundheitssystem zunutze und spart dabei viel Geld. „Better in, better out“ heißt das Erfolgsrezept. Ein Pilotprojekt in Drachten hat es bewiesen.

Nico van Meeteren, Physiotherapeut und Professor an der Universität Maastricht, hat das Konzept entwickelt. Er vergleicht einen größeren Eingriff wie einer Bypass-, Hüft- oder Knie-Operation mit Hochleistungssport. „Auf einen Marathon bereiten Sie sich ja auch nicht mit sechs Wochen Wartezeit vor“, sagt er in der Sendung „plusminus“ in der ARD. „Da müssen Sie trainieren. Da muss man gesund für sein, gut auf die Ernährung achten, auf die konditionelle Fitness.“ Für die meist älteren Patienten heißt das: Sie müssen üben, sich wieder mehr zu bewegen. Also vom Stuhl aufstehen ohne sich abzustützen, Treppensteigen, Essen am Tisch und Fernsehen nicht im Bett, sondern im Wohnzimmer. Und mit dem Rollator beweglich bleiben. Schon Wochen vor der Operation kommt ein Physiotherapeut zu den Patienten nach Hause, um genau diese Bewegungen zu üben. Was van Meeteren ganz besonders wichtig ist: Die Patienten müssen sich bewusst werden, dass sie nicht krank sind, sondern lediglich ein funktionelles Problem haben.

Indem Patienten vor einem größeren Eingriff ihre Beweglichkeit

und Ausdauer trainieren, können sie das Krankenhaus früher wieder verlassen und benötigen weniger lange Reha-Behandlungen. Die Liegezeiten in Krankenhäusern betragen in den Niederlanden nur durchschnittlich 5,2 Tage – der niedrigste Wert in Europa – in Deutschland hingegen liegen sie bei 9,2 Tagen. Die niederländischen Krankenkassen sparen dadurch viel Geld - bei Patienten mit Bypass-OP rund 2.000 Euro, bei Hüft- und Knieprothesen etwa 800 Euro pro Patient allein in der Akutphase. Hinzu kommen die Einsparungen bei der Reha. Denn während in Deutschland Patienten nach einer Knie- oder Hüft-OP für mehrere Woche in ein Reha-Zentrum gehen, ist dies in den Niederlanden nur bei jedem dritten Patienten der Fall. In Drachten fiel die Quote durch das Konzept „Better in, Better out“ sogar auf 3 bis 6 Prozent.

Wenn nötig übernehmen Physiotherapeuten am Wohnort die Reha-Behandlung. Auch diese fällt ungewöhnlich aus: In der ARD-Sendung sitzt der Therapeut am Tisch und lässt sich von einem Patienten, der erst drei Tage zuvor ein künstliches Hüftgelenk bekommen hat und schon wieder zu Hause ist, einen Kaffee bringen. Dieser strahlt, denn „Better in, Better out“ bedeutet auch: Zuhause wieder schneller am Leben teilhaben und weniger Komplikationen im Heilungsprozess.

Fazit: „Training vor der OP statt wochenlange Reha danach. In den Niederlanden funktioniert das gut – und es rechnet sich.“

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre Trendinfo-Redaktion

Der Beitrag „OP-Nachsorge: Kosten senken bei der Reha“ aus der Sendung „plusminus“ vom 7. September 2016 ist in der [ARD Mediathek](#) abrufbar.

Gesellschaft

Familien unter Druck: Im „Ländle“ und im ganzen Land

Vater, Mutter, Kinder: Aus der Werbung lächelt uns ungetrübt das traditionelle Familienidyll an. Oft hechelt und lächelt noch der Familienhund mit. Zum Glück haben viele Menschen eine realitätsnähere Vorstellung davon, was Familie heute ausmacht. Für sie ist Familie dort, wo Kinder sind. Vor allem Jüngere akzeptieren ganz unterschiedliche Familien- und Lebensmodelle: Patchwork- und Regenbogenfamilien, Alleinerziehende, unverheiratete Paare mit Nachwuchs und späte Eltern. Familie heute hat viele bunte Facetten – und steht ziemlich hoch im Kurs.

Familie hat man nicht, man macht sie

Klarheit herrscht in der Wissenschaft darüber, dass man Familie nicht *hat*, sondern *macht*. Nicht Tradition und Normalitätsvorstellungen prägen ihren Alltag, sondern Arrangements zwischen den Geschlechtern und Anforderungen der Arbeitswelt. Doch was heißt das konkret? Wie wird Familie heutzutage gelebt, wie steht es um ihre wirtschaftliche Situation? Solchen Fragen geht die Familienforschung Baden-Württemberg im Auftrag des Landesministeriums für Soziales und Integration in ihrem aktuellen Online-Report unter dem Thema „Lebensformen und Alltagsrealitäten von Familien“ nach.

Vielfalt der Familienformen

In Baden-Württemberg überwiegt der Anteil von Ehepaaren

mit Kindern, nimmt aber zugunsten anderer Lebensformen ab. Ein Befund von bundesweiter Gültigkeit. So fiel im Südwesten der Ehepaar-Anteil zwischen 1980 und 2014 von 86 auf 74 Prozent, während der Anteil der nichtehelichen Paare auf fünf Prozent und der Alleinerziehenden auf 21 Prozent stieg.

Von den Kindern aus betrachtet, stellt sich die Verteilung wie folgt dar: 78,3 Prozent leben bei Ehepaaren, 17,1 Prozent bei Alleinerziehenden und 4,6 Prozent bei nichtehelichen Paaren. Weiterer Trend: Mit zunehmendem Alter sind immer mehr Kinder von Trennung oder Scheidung der Eltern betroffen.

In knapp der Hälfte der Familien lebte nur ein Kind (2014; 47,2 %), in mehr als jeder dritten Familie waren es zwei Kinder (39,4 %), in gut jeder zehnten Familie drei und mehr Kinder (13,5 %).

Die meisten jungen Leute haben heutzutage große Chancen, ihre Großeltern bis ins Jugendalter zu erleben, stellt der Report fest: „Moderne Großeltern-Enkel-Beziehungen werden allerdings nur noch selten unter einem gemeinsamen Dach gelebt“ – im Südwesten bei 0,6 Prozent der Haushalte.

„Familie zeichnet sich heute nicht nur durch vielfältige Familienkonstellationen aus, sondern auch durch Diskontinuitäten“, hält der Report fest. So wird aus einer Vater-Mutter-Kind-Familie nach der Trennung eine Einelternfamilie, verwandelt sich mit einem neuen Partner in eine Stieffamilie und wird durch ein gemeinsames Kind zur

Patchworkfamilie.

Familiäre Alltagsrealitäten

Die Erwerbstätigkeit von Müttern ist heute eher Regel als Ausnahme. 62 Prozent gingen 2014 in Baden Württemberg einer beruflichen Tätigkeit nach (bundesweit: 60 %). Wichtig sind Alter und Anzahl der Kinder. Mit dem jüngsten Kind im Alter von 2 bis unter 3 Jahren war gut die Hälfte der Mütter aktiv berufstätig, im Alter von 3 bis unter 6 Jahren waren es schon 65 Prozent.

Bei knapp drei Viertel der Paare in Baden-Württemberg mit minderjährigen Kindern gingen beide Partner einer Erwerbstätigkeit nach (72 %), in jedem vierten dieser Haushalte (27 %) nur ein Partner, in der Regel der Vater. Bei zwei Prozent der Paare waren beide erwerbslos.

Väter nehmen Elterngeld und Elternzeit zunehmend in Anspruch. Von 95.632 im Jahr 2014 geborenen Kindern in Baden-Württemberg bezogen 36.938 Väter Elterngeld (38,6 %), eine Mehrheit von 84 Prozent für bis zu zwei Monate. Der Bundesdurchschnitt lag bei 34 Prozent.

Freie Zeit, die Eltern mit ihren Kindern verbringen, ist ein wichtiger Indikator für die Lebensqualität von Familien. „Mütter investierten mit 1:41 Stunden pro Tag etwa doppelt so viel Zeit in die Kinderbetreuung wie Väter mit 52 Minuten“, ermittelt der Report. Die meiste Zeit entfiel auf Beaufsichtigung und

Körperpflege (31 Minuten); der Zeitaufwand für Hol- und Bringdienste (17 Min.) lag fast gleichauf mit dem für Spiel und Sport (19 Min.).

Der Report konstatiert „deutliche Zusammenhänge zwischen dem Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen und dem Haushaltstyp“. Neun Prozent der Familien mit Kindern unter 18 Jahren hatten weniger als 1.500 Euro monatlich zur Verfügung (2014), knapp 21 Prozent der Familien zwischen 1.500 und 2.600 Euro. Das Armutsrisiko von Einelternfamilien lag bei 47 Prozent, von kinderreichen Paarfamilien bei 22,2 Prozent. Zum Vergleich: Paarfamilien mit einem oder zwei Kindern waren seltener armutsgefährdet als die Bevölkerung insgesamt (8,2 bzw. 8,8 %), aber öfter als kinderlose Paare (9,7 %).

Bezahlbarer Wohnraum ist für Familien keine Selbstverständlichkeit, vor allem nicht in Ballungsgebieten. Gemäß der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (2013; EVS) machten die Ausgaben für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung gut ein Drittel der privaten Konsumausgaben aus (33,5 %). Einelternfamilien gaben relativ mehr aus als Paarfamilien mit Kindern (36,5 vs. 30,1 %).

Aktuelle Befragung: Welche Unterstützung wünschen sich Familien?

Eltern fühlen sich unter Druck. Veränderte Rollenvorstellungen und Erwerbsarrangements sorgen für Verunsicherung. Digitaler

Wandel, berufliche Mobilität und familiärer Pflegebedarf stellen hohe Anforderungen. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf könnte entscheidend dazu beitragen, die familiäre Situation zu entspannen, hält der Report fest. Eine aktuelle Allensbach-Befragung (Mai 2016) unterstreicht diese Priorität.

In diesem Sinne wünschen sich Eltern sehr konkrete Maßnahmen: zum Beispiel gute Mittagsverpflegung in Ganztagschulen (74 %), integrierte Hausaufgabenbetreuung (63 %) und bezahlbare Ferienbetreuung (56 %). Weiterhin fordern sie flexible Betreuung in Kitas und Kindergärten. Ihre Erwartungen an die Arbeitgeber richten sich auf variable Arbeitszeiten, mehr Rücksichtnahme gegenüber Vätern und einen erleichterten Wiedereinstieg nach der Elternzeit.

Der Report hält flankierende Vernetzungsangebote für wichtig und nennt Beispiele gelungener Projekte. Als beispielhaft gilt das Onlineportal „Haushaltsnahe Dienste Baden-Württemberg“, das im Auftrag des Sozialministeriums entwickelt wurde und Informationen zum Thema sowie ausgewählte Anbieter haushaltsnaher Dienstleistungen und Betreuung listet.

Fazit: Die Familie lebt – und braucht Unterstützung

Der Report wirft ein aktuelles Schlaglicht auf die Situation von Familien in Baden-Württemberg. Überraschendes fördert er nicht zutage, zeigt aber, dass wesentliche für das „Ländle“

dargestellte Entwicklungen mit denen in der ganzen Republik übereinstimmen. Das unterstreicht den beträchtlichen Unterstützungsbedarf von Familien. Die Politik steht dabei vor der Aufgabe, das herkömmliche Familienmodell zu fördern, ohne die Vielfalt neuer Familienformen zu vernachlässigen. Denn bei allem sozialen Wandel bleibt eines gewiss: Familie ist gefragt. Und immer geht es um das Wohl der Kinder.

Familienforschung Baden-Württemberg, Familien in Baden-Württemberg. Lebensformen und Alltagsrealitäten von Familien, herausgegeben im Auftrag des Ministeriums für Soziales und Integration, 2/2016, 31 Seiten, [Download](#).

Bildung

„Das macht Schule“: Ein Unternehmen mit Sinn-Rendite

Jenny, Sahel und Marcel haben ein Talent. Nur welches genau und wie man damit in einen Beruf findet, das wollen sie erst herausfinden. So wie den drei Teenagern geht es den meisten ihrer Mitschüler aus der Klasse 10 G der Gretel-Bergmann-Gesamtschule in Hamburg. Jeder ist ein Talent. Nicht auf der Fernseh Bühne, sondern in einem Projekt zur Vorbereitung aufs Leben. Hier gewinnt jeder Teilnehmer – an Eigeninitiative, Selbstvertrauen und Verantwortungsbereitschaft. Alle 25 Jugendlichen nehmen am Förderprogramm „Du bist ein Talent!“ teil. Praktiker aus Unternehmen werden dabei zu Paten, welche die Schüler beim Übergang in den Beruf unterstützen. Drei Jahre lang gehen sie regelmäßig in „ihre“ Klasse und stehen den Lehrern in 15 Lerneinheiten zur beruflichen Orientierung zur Seite.

Was will ich werden? Jugendliche hilflos, Eltern ratlos

Heutzutage wissen zwei Drittel der Schüler vor ihrem Schulabschluss nicht, was sie werden wollen. Angesichts von mehr als 300 Ausbildungsberufen nicht verwunderlich: Jugendliche können ihre Stärken oft nicht einschätzen und haben keine Vorstellung von Berufsbildern und Ausbildungswegen; Eltern und Lehrer sind häufig ratlos.

Paten bringen Berufswelt in die Schule

An diesem Punkt setzt „Du bist ein Talent!“ an. Schüler gewinnen im Dialog mit ihrem Unternehmenspaten Klarheit über ihre persönlichen Wünsche und Fähigkeiten, sammeln Informationen zu Ausbildungsbetrieben in ihrer Region, zu Qualifikationen und Berufsbildern. Sie lernen Bewerbungen schreiben, erfahren, worauf es im Vorstellungsgespräch ankommt und machen sich auf die Suche nach Praktika und Ausbildungsstellen. „Die Paten bringen wertvolles Erfahrungswissen aus der Berufswelt in die Schule“, sagt Fachlehrer Tom Greiff, Koordinator für Berufs- und Studienorientierung an der Gretel-Bergmann-Schule, „das kann kein Lehrbuch leisten.“ Die Berufspraktiker an seiner Schule werden von der Randstad-Stiftung entsandt.

Lehrer? Potenzialentfalter!

Bundesweit 50 Schulen und 15 Unternehmenspartner haben bei dieser mehrfach prämierten Initiative bislang mitgemacht. Dabei handelt es sich nur um eines von mehreren Projekten unter dem Dach von „Das macht Schule“. Der gemeinnützige Verein wurde von dem Hamburger Bernd Gebert 2006 mit dem Zweck gegründet, Eigeninitiative, Verantwortung und Gemeinsinn in der

Gesellschaft zu fördern. Damit fängt man am besten sehr früh an, in der Schule. „Die Initiative betreibt eine Web-Plattform, auf der es kostenlose Projektvorlagen gibt – sozusagen als Selbstbedienungsladen für Eigeninitiative –, motiviert Schulen für ein Projekt, unterstützt beratend und als Mutmacher und Lehrerfreund, erklärt Bernd Gebert. Wichtig ist die Mitwirkung der Lehrer für den Projekterfolg. „Lehrer werden zu Potenzialentfalter. Sie vermitteln ihren Schülern Fähigkeiten, die normalerweise nicht in der Schule vermittelt werden, aber für ein erfolgreiches, selbstbestimmtes Leben unverzichtbar sind.“

Klassenraum streichen beugt Vandalismus vor

Allen Aktionen von „Das macht Schule“ ist der Brückenschlag von der Schule in den Alltag gemeinsam. „Erfahrungslernen“ heißt das in der Pädagogensprache. Bei „Schüler helfen Flüchtlingen“ entwickeln Kinder Ideen und setzen sie praktisch um, wie sich junge Flüchtlinge hierzulande aufgehoben fühlen und Deutsch lernen können. Die Aktion „PC Spende“ vermittelt gratis gebrauchte Rechner, Monitore und Drucker aus Unternehmen an Schulen. Bisher fast 10.000 Geräte im Gegenwert von 2,4 Mio. Euro. Bei einem weiteren Projekt geht es um die Gestaltung des eigenen Lernumfelds, etwa durch Klassenraum-Renovierung, Mensa-Modernisierung

oder Energiespar-Maßnahmen in der Schule. „Solche Aktionen machen den Erfolg sofort sichtbar, motivieren zur Nachahmung und beugen dem Vandalismus vor“, erläutert Gebert. „Was man selbst gemacht hat, also den Klassenraum gestrichen oder die PCs eingerichtet, das macht man nicht kaputt.“

Sponsorenlauf lässt Kassen klingeln

Bundesweit mehr als 800 Schulen haben sich bisher an den verschiedenen Projekten beteiligt. Über 1.500 Projekte sind online dokumentiert und laden zum Nachahmen ein. „Das macht Schule“ gibt Rückenwind, u. a. mit Beratung, Tutorials und Best-Practice-Beispielen, nur nicht mit Geld. Das müssen die Schüler selbst besorgen. Daher gibt es Anleitungen und Demo-Videos für die Erschließung eigener Geldquellen, von der Dankeschön-Spende bis zum Sponsorenlauf.

„Sinn-Rendite“ für alle Beteiligten

Die Initiative wird von einer gemeinnützigen GmbH und einem Förderverein getragen. Sie beschäftigt vier feste Mitarbeiter. Stiftungen, Förderer sowie Sach-, Zeit- und Geldspenden gewähren Unterstützung. „Das macht Schule“ gibt ein Beispiel für allseitigen Nutzen: Schüler werden vom Bewusstsein ihrer Selbstwirksamkeit angetrieben, Lehrer schätzen die motivierende und integrative Wirkung der Aktionen,

Unternehmen zeigen gesellschaftliche Verantwortung und nutzen die Chance der Nachwuchsrekrutierung. Ergibt zusammen eine beträchtliche „Sinn-Rendite“, wie es Bernd Gebert nennt. Der ideenreiche Hamburger wurde 2007 in die Sozialunternehmer-Vereinigung Ashoka aufgenommen.

Kontakt und Information:

*Das macht Schule Förderverein e.V., Bernd Gebert,
Frankenstraße 35 20097 Hamburg, Telefon 040 20 933 266-2*

www.das-macht-schule.net

Integration

Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt: Lehren aus der Vergangenheit

Künftige Fachkräfte oder Geringqualifizierte und Analphabeten? Über Monate hinweg standen sich positive und negative Einschätzungen zum Bildungsstand der Flüchtlinge holzschnittartig gegenüber. Erst im Sommer 2016 veröffentlichte die Bundesagentur für Arbeit erste umfassende Aussagen zur schulischen Qualifikation und Berufserfahrung der Ankommenden.* Bei der Suche nach Lösungen blickt eine DIW-Studie jetzt in die jüngste Vergangenheit, um daraus Lehren für die Gegenwart zu ziehen. Es geht um die Geflüchteten, die zwischen 1990 und 2010 den Weg nach Deutschland nahmen.

Neuankommende 1990-2010: Wie haben sie sich integriert?

In den 1990-er Jahren flohen im Durchschnitt knapp 180.000 Menschen pro Jahr vor allem aus den Balkankriegsregionen nach Deutschland, im darauffolgenden Jahrzehnt suchten 41.000 Menschen pro Jahr auch aus arabischen bzw. muslimischen Ländern (z. B. Afghanistan, Somalia, Sudan) hierzulande Zuflucht. Wie haben sich die Flüchtlinge in Schule und Arbeitsmarkt integriert, welche Qualifikationen brachten sie mit? Die aktuelle Studie vom DIW Berlin und der Humboldt-Universität Berlin stützt sich auf die gemeinsame Migrantenbefragung des sozioökonomischen Panels (SOEP) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) von 2013. Sie umfasst Daten von 446 Geflüchteten

(Asylbewerber, Flüchtlinge) und 3.199 anderen Migranten (v. a. Aussiedler, Arbeitsmigranten, EU-Bürger).

Flüchtlinge weniger qualifiziert als andere Migranten

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Flüchtlinge jener Jahre über eine geringere schulische und berufliche Qualifikation als andere Migranten verfügten und weniger erfolgreich waren, ihre mitgebrachten Bildungs- und Berufszertifikate anerkennen zu lassen. Ein Großteil von ihnen hatte seine schulische Bildung bereits im Herkunftsland abgeschlossen und dort Berufserfahrungen gesammelt. Die Ergebnisse im Einzelnen:

- Migranten ohne Fluchterfahrung bringen aus ihrem Herkunftsland ein höheres Schulbildungsniveau mit als Flüchtlinge. 40 Prozent der Migranten hatten die Schulpflicht in ihrer Heimat absolviert, 50 Prozent höhere Abschlüsse erworben (Flüchtlinge: 32 und 48 %). Frauen beider Gruppen hatten im Vergleich zu Männern häufiger eine weiterführende Schule (52 vs. 46 %) abgeschlossen.
- Bei Hochschulabschlüssen ist die Tendenz ähnlich: Ein Fünftel der Flüchtlinge und ein Viertel der anderen Migranten verfügt darüber, in beiden Gruppen mehr Frauen als Männer.
- Bei der Teilgruppe jener Neuankommenden, die in Deutschland nochmal die allgemeinbildende Schule

besuchte, erzielten Flüchtlinge höhere Schulabschlüsse als andere Migranten. Junge, aus der Ausbildung gerissene Menschen sind hoch motiviert, etwas zu erreichen. Das zeigt sich zum Beispiel beim Erwerb von Fachhochschul- und Hochschulreife (Flüchtlinge 36 %, andere Migranten 26 %). Auch hier haben Frauen die Nase vorn: „Frauen erreichten häufiger als Männer das Abitur und verließen die Schule seltener mit einem Hauptschulabschluss oder ganz ohne Abschluss.“

Kein Berufsabschluss, aber berufliche Kompetenzen

Der Anteil der Neuankommenden ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist hoch, ein Faktum, das die Autorinnen auf das Fehlen der zertifizierten dualen Ausbildung in den Herkunftsländern zurückführen. Bei jenen, die 24 Jahre und älter bei der Zuwanderung waren, galt das für 55 Prozent der Flüchtlinge und für 41 Prozent der anderen Migranten.

- Dennoch verfügten die Flüchtlinge über Kompetenzen. 86 Prozent der Geflüchteten, die 24 Jahre und älter bei der Zuwanderung waren, gaben an, Berufserfahrungen im Herkunftsland gesammelt zu haben, vergleichbar einem Training-on-the-Job. Frauen sind dabei in geringerem Maße vertreten als Männer.
- Wenn Flüchtlinge und Migranten hierzulande eine

allgemeinbildende Schule besuchten, stieg die Wahrscheinlichkeit einer nachfolgenden Berufsausbildung. Das ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass der Schulbesuch eine gute Chance zum Erlernen der deutschen Sprache bietet. Aus diesem Personenkreis hatten 55 Prozent der Flüchtlinge und 66 Prozent der Migranten einen Berufsabschluss oder befanden sich in der Ausbildung.

- Das Qualifikationsniveau variiert nach der Herkunftsregion. Der Anteil von Personen aus arabisch oder muslimisch geprägten Ländern (z. B. Syrien, Iran) ohne jeglichen Abschluss ist höher als der entsprechende Anteil aus Südosteuropa (Serbien, Mazedonien), jedoch auch der Anteil derer mit Hochschulstudium. „Dieses starke Gefälle nach dem Herkunftsland ist auch für Migranten der jüngsten Flüchtlingsmigration zu erwarten“, stellt die Studie fest.

Fatales Versäumnis: Mangelnder Nachweis von Qualifikationen

Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse wurde von den Befragten nur selten beantragt. Knapp 90 Prozent aller Geflüchteten mit Berufsabschluss aus dem Ausland verfügten über ein Bildungszeugnis, aber nur ein Drittel legte es bei einem Anerkennungsverfahren vor. Als Gründe für dieses Versäumnis

wurden von ihnen vor allem administrative Hindernisse, darunter mangelnde Kenntnisse über das Verfahren und fehlende Dokumente genannt.

Fazit: Das lehrt die Vergangenheit

Flüchtlinge brachten zwar im Vergleich zu anderen Migranten geringere Qualifikationen mit und erwarben niedrigere Abschlüsse. Die Teilgruppe der Geflüchteten, die hierzulande die Schule besuchte, überflügelte jedoch die Vergleichsgruppe. Darüber hinaus war der Besuch der allgemeinbildenden Schule eine positive Voraussetzung für eine Berufsausbildung. Das und die Tatsache, dass der Altersdurchschnitt der jüngsten Flüchtlingsmigration ersten Erkenntnissen zufolge geringer und der Anteil der Angekommenen mit Gymnasial- und Hochschulbesuch höher ist als in den vorangegangenen Vergleichsjahrzehnten, könnte die berufliche Integration erleichtern.

Mit dem novellierten Anerkennungsgesetz (2012) ist die Zahl die Anträge und der Anerkennungen von Zeugnissen gestiegen, stellen die Autorinnen fest. Die Nutzung mitgebrachter Qualifikationen, etwa durch verbesserte Informationen, und deren Ausbau müssten gefördert werden. Für begrüßenswert halten die Wissenschaftlerinnen auch die Bestrebungen, im Ausland informell erworbene Qualifikationen festzustellen

(Projekt ValiKom). Das neue Integrationsgesetz (2016) hat darüber hinaus mehr Rechtssicherheit für Asylbewerber und Geduldete geschaffen, die eine berufliche Ausbildung starten.

„Die Maßnahmen der vergangenen Jahre stimmen erst einmal optimistisch“, wagt Autorin und DIW-Expertin Elisabeth Liebau ein vorläufiges Resümee. Doch wenn man Lehren aus der Vergangenheit ziehen wolle, dann sei eine Tugend unverzichtbar: Geduld. „Alle Investitionen brauchen Zeit.“

* *Bundesagentur für Arbeit, Geflüchtete Menschen in den Arbeitsmarktstatistiken, Erste Ergebnisse, Juni 2016*

Elisabeth Liebau / Zerrin Salikutluk, Viele Geflüchtete brachten Berufserfahrung mit, aber nur ein Teil einen Berufsabschluss, DIW Wochenbericht 35/2016, S. 732-740, [Download](#).

Gesundheit

Krankenhausversorgung: Viel hilft nicht immer viel

Im internationalen Vergleich hat Deutschland überdurchschnittlich viele Krankenhäuser: mit 40,4 Einrichtungen pro eine Million Einwohner deutlich mehr als der Durchschnitt der OECD-Länder (29,9), die USA (18,9) oder die Niederlande (16,7). Viel hilft viel – gilt das auch für die stationäre Versorgung? Nein, meint der Gesetzgeber. Die Krankenhausreform (2016) soll im Rahmen der angestrebten Kostenreduktion defizitäre Kliniken oder einzelne Fachabteilungen um- oder abbauen. Für die betroffenen Kommunen verbindet sich damit die Horrorvision vom Krankenhaussterben. Es geht um Standortpolitik, Arbeitsplätze und vor allem um eine wohnortnahe ärztliche Versorgung. Die Bürger schätzen kurze Wege in die Klinik über alles, in Notfällen und auch bei planbaren Eingriffen. Natürlich erwarten sie hohe Behandlungsqualität.

Faktencheck: Die Zukunft der Qualitätsversorgung

Zumindest in Ballungsgebieten, so die aktuelle Diskussion, warten zu viele Krankenhäuser mit vergleichbarer Grundversorgung auf. Wie ist da angesichts hohen Kosten- und Innovationsdrucks auch künftig eine hochwertige Versorgung gesichert? „Spezialisierung erhöht die Behandlungsqualität, ohne die wohnortnahe Versorgung zu gefährden“, so das Ergebnis des aktuellen „Faktencheck Krankenhausstruktur“.

Hohe Fallzahl, viel Behandlungserfolg

Die Studie, für die Bertelsmann-Stiftung vom Berliner Institut für Gesundheits- und Sozialforschung (IGES) erstellt, versteht sich als „Plädoyer für mehr Spezialisierung und Kooperation in der deutschen Krankenhauslandschaft.“ Das Existenzrecht von kleineren Krankenhäusern vor allem im Bereich der Notfall- und Basisversorgung werde nicht infrage gestellt, zumal sie oft die ambulante Versorgung sicherstellten. Der Faktencheck ermittelt für fünf medizinische Indikationen einen positiven Zusammenhang zwischen hoher Fallzahl und Behandlungserfolg. Datenbasis sind Literaturrecherchen, eine Simulation zu den Auswirkungen höherer Spezialisierung auf die Erreichbarkeit für die Patienten und eine Kostenschätzung. Die Folgen von Konzentration und Spezialisierung werden anhand der folgenden drei Fragen erörtert.

1. Nimmt die Versorgungsqualität zu, wenn sich Krankenhäuser auf bestimmte Eingriffe spezialisieren?

„Die Qualität ist in Kliniken mit hohen Fallzahlen besser als in Krankenhäusern mit niedrigen Fallzahlen“, stellt der Faktencheck fest. Das gelte jedoch nicht grundsätzlich für alle Behandlungsanlässe. Zum einen müsse es sich um komplexe Leistungen handeln, die ein besonderes Erfahrungswissen

erfordern. Zum anderen stützen sich die IGES-Forscher auf fünf Leistungsbereiche, bei denen internationale Studien den Zusammenhang zwischen hohen Fallzahlen und verbesserter Behandlungsqualität klar belegen: Hüftprothesen-Operation, Prostata-Entfernung, Herz-Bypass- sowie zwei unterschiedliche Herzklappen-Eingriffe.

- Demnach könnten bei **Hüftoperationen** rund 140 Todesfälle pro Jahr vermieden werden, wenn die Eingriffe nur in Kliniken mit mehr als 176 Fällen pro Jahr erfolgten. Tatsächlich wurden an 311 Krankenhäusern hierzulande weniger als 50 solcher Operationen vorgenommen (2014).
- Bei **Prostata-Entfernungen** seien die Fallzahlen in etlichen Häusern „gefährlich niedrig“, konstatieren die Autoren. Von den 414 Kliniken, die die Operation anbieten, führen sie nur 43 seltener als fünfmal jährlich aus. Risiken des Eingriffs sind Impotenz und Inkontinenz.
- Häuser mit mehr als 200 **Herz-Bypass-Operationen** pro Jahr verzeichnen laut Faktencheck eine geringfügig geringere Sterblichkeit.
- Bei **Operationen an Herzklappen** zusammen mit hohen Fallzahlen verweist die internationale Studienliteratur auf eine moderat höhere Ergebnisqualität.

Die Forscher plädieren vor allem bei der Hüftendoprothetik und Prostata-Entfernung für eine stärkere Spezialisierung und damit

höhere Fallkonzentration. Verbindliche Mindestbehandlungszahlen für die Operationen pro Klinik brächten mehr Qualität und Sicherheit. Die Konzentration lohne sich selbst bei nur geringen Qualitätsverbesserungen, da in diesen Leistungsbereichen bundesweit große Patientenkollektive betroffen seien.

2. Verlängern sich Fahrzeiten, wenn planbare Operationen nur noch in spezialisierten Kliniken mit bestimmten Behandlungszahlen angeboten werden?

Die durchschnittliche Fahrzeit zu einer spezialisierten Klinik verlängere sich für die meisten Patienten nur um zwei bis fünf Minuten, vor allem in Ballungszentren, ermittelt der Faktencheck. Für die Prostata-Entfernung geben die Forscher ein Beispiel: 414 von insgesamt 1.980 Krankenhäusern haben 2014 diesen Eingriff vorgenommen. Sie sind in durchschnittlich 15 Minuten Fahrzeit erreichbar. Bei der Einführung einer Mindestmenge von 40 Fällen pro Jahr würde die Zahl der zu diesem Eingriff berechtigten Häuser auf weniger als die Hälfte (195 Krankenhäuser) schrumpfen und für Patienten die Anreisedauer um fünf auf 20 Minuten verlängern. „In den anderen untersuchten Leistungsbereichen liegen die Auswirkungen der Mindestmengen auf die Erreichbarkeit noch darunter.“

3. Wie wirkt sich eine Spezialisierung der stationären Versorgung auf die Kosten aus?

Eine Spezialisierung führt nicht per se zum Kostenabbau. „Vor allem dürfen Spezialisierungsprozesse nicht durch wirtschaftlich motivierte Fallzahlerhöhung – also medizinisch nicht notwendige Behandlungen – konterkariert werden.“ Größere Fallzahlen gewähren überdies Skaleneffekte, die daraus resultierende Marktmacht könne den Wettbewerb einschränken, gibt der Faktencheck zu bedenken. Spezialisierung führt nach Auffassung der Autoren auch nicht zwangsläufig zum Kliniksterben. Gerade kleinere, wirtschaftlich bedrohte Krankenhäuser könnten von der Konzentration auf ausgewählte Fachabteilungen profitieren. „Wenn kleinere Krankenhäuser in Teilbereichen auf Behandlungsangebote verzichten und sich dafür auf andere Indikationen spezialisieren, ist das in der Regel wirtschaftlich erfolgreich.“

Schlussfolgerung: Qualität fördern und transparent machen

Der Faktencheck empfiehlt zahlreiche Vorhaben, um die qualitätsorientierte Spezialisierung in der Krankenhauslandschaft voranzutreiben. Dazu gehören Kooperationen zwischen Krankenhäusern sowie unterstützende Regelungen durch

Gesetzgeber und Behörden. Wichtig sind den Autoren Maßnahmen, die den Patienten in seiner Entscheidung für eine qualitätsvolle Versorgung unterstützen.

Die Qualitätsberichte der Krankenhäuser müssten in puncto patientenrelevanter Information und Verständlichkeit verbessert werden, wie es das Krankenhausstrukturgesetz vorsieht. Notwendig sei überdies, die dort definierten Qualitätskriterien konsequent in die Krankenhausplanung zu implementieren. Zusätzlich empfehlen die Autoren, die durch das KHSG eröffneten Möglichkeiten zur Festlegung von Mindestmengen zu nutzen. Für kleinere Krankenhäuser empfehlen sich regionale Kooperationen, für komplexe Eingriffe hingegen spezialisierte Fachabteilungen.

Stefan Loos / Martin Albrecht / Guido Schiffhorst u. a., Faktencheck Krankenhausstruktur. Spezialisierung und Zentrenbildung, Institut für Gesundheits- und Sozialforschung (IGES) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, 2016, 96 Seiten, [Download](#).

Arbeitswelt

Stets erreichbar tut nicht gut

Nach Feierabend, am Wochenende, im Urlaub: Eine E-Mail oder ein Telefonat aus der Firma erinnern daran, dass trotz Dienstschluss nicht Schluss ist. Mit Smartphone, Tablet, Notebook & Co. hat sich ständige Erreichbarkeit ins Leben eingeschlichen. Während Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft vertraglich geregelt sind, ist Erreichbarkeit unbestimmt im Grenzbereich zwischen Arbeit und Privatleben angesiedelt. Und das nicht zu knapp: 58 Prozent der Befragten äußerten in einer Umfrage (2015), außerhalb der regulären Arbeitszeit für den Arbeitgeber erreichbar zu sein. Ob und wie sich das persönliche Standby mitsamt potenziellem Arbeitseinsatz auf Gesundheit und Wohlbefinden auswirkt, wurde bislang kaum untersucht.

Wissenschaftliches Neuland

Der iga-Report zu den „Auswirkungen von ständiger Erreichbarkeit und Präventionsmöglichkeiten“ liefert einen ersten Baustein, um diese Lücke zu schließen. In der dahinter stehenden „Initiative Gesundheit und Arbeit“ kooperieren vier Verbände der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherungen. Wissenschaftler der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg untersuchten für die Studie 125 Berufstätige aus zwei Unternehmen (Energieversorgung, Maschinenbau). Die aktuelle Untersuchung komplettiert den ersten Teil des Reports von 2013.

Ausmaß der Erreichbarkeit

12 Prozent der außerhalb der regulären Arbeitszeit erreichbaren Mitarbeiter sind nur unter der Woche verfügbar, 45 Prozent zusätzlich im Urlaub und an Feiertagen, 39 Prozent auch noch am Wochenende. Die Dauer der Erreichbarkeit beträgt bei 33 Prozent der Befragten 31-45 Stunden und bei 26 Prozent 46-60 Stunden. Häufige Aufgaben sind die Weitergabe von Informationen, telefonische Beratung und konzeptionelle Arbeiten, selten kommt es zum praktischen Einsatz.

Gesundheitliche Auswirkungen

„Die erweiterte Erreichbarkeit kann sich negativ auf Leistungsfähigkeit und Gesundheit auswirken – selbst wenn sie von den Beschäftigten freiwillig gewählt ist, positiv empfunden oder als notwendig angesehen wird“, hält die Untersuchung fest.

Gesundheitszustand: In zahlreichen Parametern zeigten sich die erreichbaren Mitarbeiter im Vergleich zur Kontrollgruppe (nicht erreichbar, keine Rufbereitschaft) stärker beeinträchtigt: Erholungsunfähigkeit (36 vs. 16 %), schlechte Schlafqualität (13 vs. 9 %), Depressivität (8 vs. 4 %). Auch bei Angst (13 vs. 7 %) und Panik (5 vs. 3 %) schneiden die Erreichbaren schlechter ab.

Mentale Beanspruchung: Der Anteil der Beschäftigten, die

wegen permanenter Erreichbarkeit nicht zur Ruhe kommen, sich schlecht erholen oder gedanklich von der Arbeit lösen können, ist signifikant größer als bei Berufstätigen mit klar abgegrenzter Freizeit. Folge: Den Betroffenen fällt es schwer, sich in ihrer Freizeit ausreichend vom Job zu distanzieren und abzuschalten.

Sozialleben: Die Vermischung von Arbeit und Privatleben belastet auch das Beziehungsleben. 68 Prozent der ständig Erreichbaren gaben an, durch ihre Verfügbarkeit die Partnerin bzw. den Partner zu beeinträchtigen, 63 Prozent räumten das auch für ihre Kinder ein. Betroffene Partner empfinden die Einschränkung von familiären Verpflichtungen, Freizeitaktivitäten sowie von Schlaf- und Erholungszeiten als nachteilig. Fast 70 Prozent äußerten, die Erreichbarkeit sollte komplett entfallen.

Grenzen ziehen: Eine Mehrheit der befragten Erreichbaren (60 %) wünscht sich gesetzliche oder betriebliche Regelungen bezüglich der Verfügbarkeit. Vor allem ältere Arbeitnehmer (51-65 Jahre), solche in jüngeren Jahren (31-40 Jahre) und mit sehr jungen Kindern (null bis drei Jahre) votieren dafür.

Erreichbarkeit: Fünf Tipps zur sinnvollen Gestaltung

Unter welchen Rahmenbedingungen können die Beschäftigten ihre Aufgaben bewältigen und dabei gesund und arbeitsfähig

bleiben? Der Report empfiehlt folgende Maßnahmen:

- Die Thematisierung der Erreichbarkeit weist der Unternehmensleitung eine Schlüsselrolle zu. Wichtigste Argumente sind Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter. Führungskräfte selbst sollten sich um eine gute Work-Life-Balance bemühen, um als Vorbild handeln zu können.
- Die Unternehmenskultur darf nicht die Erwartungshaltung permanenter Verfügbarkeit fördern. „Zur Unternehmenskultur gehört es auch, Vereinbarungen zu treffen bzw. Regeln festzulegen, wie das Unternehmen mit dem Thema Erreichbarkeit umgeht“, fordern die Autoren.
- Solche Regeln stehen nicht isoliert für sich. Sie sind Teil des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) und müssen regelmäßig überprüft und an sich verändernde Rahmenbedingungen angepasst werden.
- Zusätzlich gilt es den Kontext der Arbeitsbedingungen zu reflektieren: Ist Erreichbarkeit wirklich unverzichtbar? Unterscheiden sich die Arbeitsinhalte in der Erreichbarkeit und der regulären Arbeitszeit? Wie steht es eigentlich um die reguläre Belastung am Arbeitsplatz?
- Technische Vorkehrungen wie etwa Dual-SIM-Mobilgeräte unterstützen die Grenzziehung zwischen Beruf und Privatleben. Überdies lässt sich darauf hinwirken, dass zu bestimmten Zeiten keine E-Mails vom Firmenserver an Dienstgeräte weitergeleitet werden (siehe das Beispiel

Volkswagen, unten). Der Verbleib des Diensthandys während des Urlaubs in der Firma schiebt der unkontrollierten Nutzung einen Riegel vor.

Jetzt ist Feierabend: Fünf Praxisbeispiele

Telekom: Eine „Mobile-Devices-Policy“ empfiehlt Vorgesetzten, nach Feierabend keine Mail an ihre Mitarbeiter zu senden; diese sind nicht verpflichtet, nach Dienstschluss zu antworten.

Volkswagen AG: Eine Betriebsvereinbarung sieht vor, dass nach Dienstschluss (18.15 - 7.30 Uhr) keine E-Mails mehr vom Server an die Dienstgeräte weitergeleitet werden. Führungskräfte sind von dieser Regelung ausgenommen.

Evonik: Vorgesetzte und Mitarbeiter legen in ihren Teams einen „Erreichbarkeitsrahmen“ fest. Ein „E-Mail-Tacho“ zeigt den Rückgang des E-Mail-Aufkommens nachts und am Wochenende.

BMW: Beschäftigte erfassen „Mobilarbeit“ unbürokratisch in ihren Arbeitszeitkonten und gleichen sie aus. Gemäß Betriebsvereinbarung definieren Mitarbeiter mit ihren Vorgesetzten, zu welchen Zeiten sie grundsätzlich nicht erreichbar sind.

Continental AG: Erreichbarkeit und Flexibilität, etwa im Home Office, gelten grundsätzlich als notwendige und vorteilhafte

Begleiterscheinungen einer Abkehr von der Präsenzkultur. Die Vorgabe strikter Regeln wird abgelehnt. Ein Leitfaden gibt den Mitarbeitern Tipps zum Gebrauch mobiler Geräte im Sinne einer ausgeglichenen Work-Life-Balance, Führungskräfte bekommen Schulungen zum „gesunden Führen“ und sind gehalten, mit ihren Mitarbeitern Vereinbarungen zur Erreichbarkeit zu treffen.

Digitale Medien: Unverzichtbar, doch regelungsbedürftig

Es gebe nicht die eine für alle gültige Antwort, wie guter Umgang mit den digitalen Medien im Arbeitsleben aussehe, sind sich die Autoren sicher. „Die aktive Gestaltung einer guten digitalen Kultur ist eine Gemeinschaftsaufgabe und gelingt nur, wenn bestehende Gestaltungsspielräume genutzt werden und alle Seiten sich verantwortlich fühlen.“

Melanie Hassler / Renate Rau / Jens Hupfeld u. a., Auswirkungen von ständiger Erreichbarkeit und Präventionsmöglichkeiten. Teil 2: Eine wissenschaftliche Untersuchung zu potenziellen Folgen für Erholung und Gesundheit und Gestaltungsvorschläge für Unternehmen, iga.Report 23, 90 Seiten, [Download](#).

Teil 1: Hannes Strobel, Überblick über den Stand der Wissenschaft und Empfehlungen für einen guten Umgang in der Praxis, iga.Report 23, 34 Seiten, [Download](#).

Weltwirtschaft

Globalisierung im Abschwung: Deutschland dennoch auf der Gewinnerseite

Der G20-Gipfel Anfang September hat es gerade wieder beschworen: „Für eine innovative, starke, integrierte und inklusive Weltwirtschaft.“ Ein Motto, das nicht eben Überraschendes verkündet. In den zwei Jahrzehnten nach dem Ende des Eisernen Vorhangs hatten fallende Grenzen, blühender Welthandel und Echtzeit-Kommunikation um den Erdball die Wucht eines Naturgesetzes angenommen. Tatsächlich aber läuft der Globalisierungsmotor seit einiger Zeit nicht mehr rund. In vielen Industriestaaten regt sich Protektionismus, in Europa und in den USA gewinnen auf Abschottung setzende Populisten an Zulauf, der Flüchtlingszustrom offenbart die Kehrseite offener Grenzen. Fakt ist: Die Verflechtung der Weltwirtschaft, das Ergebnis internationaler Arbeitsteilung, geht bereits seit 2007 zurück. Das ist das zentrale Ergebnis des „Globalisierungsreport 2016“.

1990 bis 2014: 42 Länder im Vergleich

Die Studie untersucht für die Zeit von 1990 bis 2014, wie hoch die Wohlstandsgewinne in 42 Ländern durch die voranschreitende Verflechtung ausfielen. Trotz Dämpfer profitieren Deutschland und weitere Industrieländer jedoch weiterhin stark von der Globalisierung, belegt die von der Prognos AG im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung erstellte Studie. Die geringsten Globalisierungsgewinne entfielen auf die Schwellenländer.

Ein Gesamtwert, drei Teilindizes

Der Report berechnet zunächst das Ausmaß der internationalen Verflechtung mit einem Index, der sich eng an den Globalisierungsindex der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der Eidgenössischen Technischen Hochschule ETH Zürich anlehnt. Drei Teilindizes berücksichtigen Faktoren zur wirtschaftlichen Globalisierung sowie zur sozialen (Tourismus, Migration) und politischen Verflechtung. Aus den Daten lässt sich für jedes Land und Jahr ein Globalisierungsindex mit Werten zwischen 0 und 100 entwickeln. In einem zweiten Schritt wird mithilfe von Regressionsanalysen ermittelt, welchen Einfluss eine Zunahme der Globalisierung auf das Wachstum des inflationsbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf hat.

Deutschland in der Top Ten der Globalisierungsgewinner

In den weitaus meisten der untersuchten Länder – in 35 von 42 – ging der Globalisierungsindex seit 2007 zurück. Zunächst stieg er für alle Länder von insgesamt 46,4 (1990) auf 65,1 Punkte (2007) an. Nach Rückgang und Stagnation lag er im Jahr 2014 bei durchschnittlich 62,6 Punkten. Den Hauptgrund für die schwindende Dynamik sehen die Autoren in der internationalen Finanzkrise. Für Deutschland konstatiert der Report einen Rückgang des Globalisierungsgrads bereits seit 2003. Dennoch gehört es zu den zehn Staaten, „die am stärksten von

der Globalisierung profitieren“: Zwischen 1990 und 2014 erhöhte sich das jährliche BIP um durchschnittlich 1.130 Euro pro Jahr und Kopf, der kumulierte Einkommensgewinn je Einwohner betrug 27.000 Euro. Spitzenreiter ist Japan mit einem jährlichen BIP-Wachstum von 1.470 Euro je Einwohner, gefolgt von der Schweiz (1.360 Euro), Finnland (1.340 Euro) und Dänemark (1.210 Euro).

Große Schwellenländer, niedriger Einkommenszuwachs

Zunächst überrascht, dass die Globalisierung den großen Schwellenländern Brasilien, Russland, Indien und China die niedrigsten absoluten Einkommensgewinne bescherte (1990 bis 2014). Die Zuwächse betragen zwischen 120 Euro pro Kopf und Jahr (Brasilien, Russland), 70 Euro (China) und 20 Euro (Indien). „Damit zählen sie [die BRIC-Staaten, die Red.] trotz der Bedeutung, die ihnen dank großer Binnenmärkte und hoher wirtschaftlicher Dynamik für die weltwirtschaftliche Entwicklung zukommt, nicht zu den maßgeblichen Profiteuren der Globalisierung im Sinne der kumulierten absoluten Einkommensgewinne der Bewohner.“ Das vergleichsweise schlechte Abschneiden sei auf Handelsrestriktionen, das niedrige Ausgangsniveau der Wirtschaftsleistung und die spät einsetzende Globalisierung zurückzuführen, begründen die Autoren.

Globalisierung bringt den Ländern Gewinn

Ein anderes Bild ergibt sich beim Blick auf die durchschnittlichen Einkommensgewinne auf Länderebene. Japan führt mit 187 Mrd. Euro pro Jahr, gefolgt von den USA (141 Mrd.), China (95,6 Mrd.), Deutschland (92 Mrd.) und Italien (45 Mrd.). Naheliegender, dass ausschließlich große Industrieländer die Tabelle anführen. Insgesamt wuchs das BIP in allen 42 Ländern zusammen durchschnittlich um fast 970 Mrd. Euro pro Jahr – der Wirtschaftsleistung einer mittelgroßen Volkswirtschaft wie Spanien oder Südkorea, merkt die Studie an.

Schwellenländer gewinnen auf den Weltmärkten erheblich an Gewicht

Auf den Weltmärkten bewirkte die Globalisierung eine einschneidende Veränderung. Zwischen 1995 und 2014 konnten die Schwellenländer ihren Anteil von 12 auf 31 Prozent steigern. „Dabei zeigt sich, dass der Zuwachs der Schwellenländer zu einem sehr großen Teil auf dem enormen Wachstum Chinas beruht.“ Dennoch hat sich unter den etablierten Industrienationen vor allem Deutschland gegenüber den aufstrebenden Volkswirtschaften gut behauptet (Anteil an der globalen Ausfuhr: 10 %).

Auf die Branche kommt es an

Schwellenländer produzieren etwa bei Textilien, Büromaschinen, DV-Geräten sowie Rundfunk- und Nachrichtentechnik

mittlerweile mehr als die Hälfte des Welthandels, während zum Beispiel in der pharmazeutischen Industrie oder im Luft- und Raumfahrzeugbau, in Chemie, Mineralölverarbeitung und Fahrzeugbau die etablierten Industrieländer deutlich vorne liegen.

Fazit: Frische Impulse für die Globalisierung

Die Experten der Bertelsmann Stiftung warnen vor dem um sich greifenden Protektionismus und fordern die Industriestaaten auf, ihre Märkte für Produkte aus weniger entwickelten Ländern zu öffnen. Es bedürfe „neuer Impulse für Wachstum und internationale Verflechtung, um Wohlstandsgewinne für Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu sichern.“ Deutschland liefere mit seinem guten Abschneiden den Beweis, „dass Globalisierung nicht zu einem Wettrennen um die billigsten Arbeitsplätze verkommen muss.“

*Michael Böhmer / Claudia Funke / Andreas Sachs u. a.,
Globalisierungsreport 2016. Wer profitiert am stärksten von der
Globalisierung? Bertelsmann-Stiftung 2016, 54 Seiten,
[Download.](#)*

Europa

Unterstützung von Fachkräften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Laut einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) waren mehr als ein Drittel aller neuankommenden Flüchtlinge in der EU im Jahr 2015 Kinder. Häufig seien die Kinder ohne Begleitung und getrennt von ihren Familien. Die Fachkräfte in Europa, die sich mit der Aufnahme von Flüchtlingskindern befassen, spielen eine zentrale Rolle für die Erstaufnahme und für die weiterführende Integration der Kinder in unserer Gesellschaft. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Aufnahmestellen und Integrationszentren für Kinder sehen sich mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert, wenn sie Kinder aus unterschiedlichen Herkunftsländern, sprachlichen und kulturellen Hintergründen aufnehmen, die oftmals traumatisierte von ihrer Flucht nach Europa kommen. Vor diesem Hintergrund stellt die Europäische Kommission Fördermittel für Projekte bereit, die sich für die Rechte von Flüchtlingskindern und für einen effektiven Kinderschutz einsetzen.

EU-Fördermittel für transnationale Projekte

Im Rahmen des EU-Förderprogramms „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ läuft gegenwärtig noch bis zum 13. Dezember 2016 eine Ausschreibung für transnationale Projekte zur Förderung der Rechte von Kindern. Ziel dieser Ausschreibung ist die Unterstützung von Fachkräften im Bereich Asyl und Migration, um den Schutz, die Rechte und das Wohlergehen von Kindern in Migrationsprozessen zu fördern.

Dabei hat die Europäische Kommission zwei Förderprioritäten festgelegt:

- **Priorität 1:** Kapazitätsaufbau im Bereich familienbasierter Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Migrantinnen und Migranten
- **Priorität 2:** Kapazitätsaufbau und Kooperationsmechanismen für Vormünder von unbegleiteten minderjährigen Migrantinnen und Migranten

Um den hohen Bedarf an Pflegefamilien und anderen Formen der Betreuung zu decken, sollen im Rahmen der ersten Priorität Aktivitäten gefördert werden, die zur Vermittlung der Kinder und Aus- und Fortbildung von Fachkräften einschließlich künftiger Pflegeeltern beitragen. Ziel ist es, die Kinderschutzsysteme in Europa nachhaltig zu unterschützen. Durch diese Aktivitäten sollen zusätzlich unabhängige Wohnmöglichkeiten – beispielsweise Wohngemeinschaften mit regelmäßiger Unterstützung von Pflegeeltern – für Jugendliche verbessert werden, um Jugendliche auf das selbständige Leben vorzubereiten.

Die zweite Förderpriorität fokussiert sich auf Aktivitäten zur Unterstützung von Vormündern unbegleiteter Minderjähriger und der Förderung des Wohls der Kinder und deren besonderer Bedürfnisse. Im Rahmen dieser Ausschreibung können Aktivitäten gefördert werden, die beispielsweise zur Beratung,

Aus- und Fortbildung von Vormündern, zur Koordinierung und Zusammenarbeit der relevanten Akteure sowie zur Förderung der Überprüfungs- und Aufsichtsmechanismen von Vormündern führen.

Förderbedingungen

Teilnahmeberechtigt für die Ausschreibung sind internationale Organisationen und öffentliche oder private Organisationen mit Sitz in den EU-Mitgliedstaaten, Island und Liechtenstein. Insgesamt stehen 3,1 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung. Pro Projekt sollen mindestens 75.000 Euro EU-Fördermittel (bei einer Förderquote von 80 Prozent) beantragt werden. Geförderte Projekte sollen einen Projektzeitraum von maximal 24 Monaten nicht überschreiten und Organisationen aus mindestens vier teilnahmeberechtigten Ländern involvieren.

Bewährte Verfahren zum Kinderschutz: eLearning für Fachkräfte

Bereits im Vorjahr hat die EU-Kommission in einem ähnlichen Aufruf Projekte zum Schutz der Rechte von Kindern mit insgesamt 3,6 Millionen Euro gefördert.

Ein mit rund 350.000 Euro gefördertes Projekt ist „Alternative Family Care Training“ (ALFACA), ein Online-Lernprogramm für Fachkräfte und Aufnahmefamilien von unbegleiteten

minderjährigen Migrantinnen und Migranten, die in alternativen Betreuungssystemen – beispielsweise Wohnheime, betreutes selbstständiges Wohnen oder Betreuungseinrichtungen – leben. ALFACA wurde von fünf europäischen Hilfsorganisationen ins Leben gerufen, darunter auch die „Jugendhilfe Südniedersachsen“. ALFACA entwickelt Online-Fortbildungsmaßnahmen für Fachkräfte und Aufnahmefamilien von Kindern im Migrationsprozess mit verschiedenen Unterstützungsmöglichkeiten, wie beispielsweise Beratung und Austausch von bewährten Verfahren. In diesem Zusammenhang findet vom 28. bis zum 30. November 2016 das Seminar „Ausbildungssession für Ausbilder“ („train-the-trainer“) in den Niederlanden statt.

Interdisziplinäre Qualifizierungsmaßnahmen

Ein weiteres Projekt, das von der EU-Kommission mit ca. 660.000 Euro im letzten Jahr gefördert wurde, ist das „Multi-disciplinary Assessment and Participation of Children in Child Protection Proceedings“ (MAPChiPP). MAPChiPP ist ein europäisches Projekt zur Entwicklung interdisziplinärer Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich des Kinderschutzes, das vom Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht

E.V (DIJuF) gemeinsam mit Partnern aus Estland, den Niederlanden und Ungarn durchgeführt wird. Zum einen soll mit dem Projekt die Kooperation und Kommunikation zwischen den handelnden Akteuren (Jugendamt, Familienhilfe, Kinderklinik, Familiengericht) bei der Beurteilung, ob eine Gefährdung eines Kindes vorliegt und wie ihr zu begegnen ist, verbessert werden. Zum anderen zielt das Projekt auf die Partizipation der Kinder in der Gefährdungseinschätzung und Hilfeplanung ab. Dazu sollen Fortbildungsmodule inklusive einer Toolbox entwickelt werden, um entsprechende Handlungskompetenzen zu vermitteln und zu fördern. Durch regelmäßige Seminare soll im Rahmen dieses Lernprogramms der Austausch von bewährten Verfahren der Fachkräfte gefördert werden.

Weitere Informationen zur Ausschreibung finden Sie auf der Website der Europäischen Kommission. Den Bericht der Europäischen Agentur für Grundrechte gibt es [hier](#).

Weitere Informationen zum Projekt „Alternative Family Care Training“ (ALFACA) und zum Projekt „Multi-disciplinary Assessment Participation of Children in Child Protection (MAPChiPP)“.

Materialien

SOS Europa. Wege aus der Krise – ein Kompass für Europa

von Gottfried Heller, Ulrich Horstmann und Stephan Werhahn

Finanzbuchverlag (FBV), München 2016, 240 Seiten, 17,99 Euro, ISBN 978-3-89879-984-3

Konrad Adenauer gehörte fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit zu den Gründungsvätern der europäischen Idee. Dem ersten deutschen Bundeskanzler ging es genau wie Winston Churchill oder Robert Schumann nicht nur um die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl. Vor lauter Rettungsschirmen, Wirtschafts- und Finanzkrisen ist nahezu in Vergessenheit geraten, dass die europäische Idee bei der Gründung immer auch als Friedensunion und Wertegemeinschaft verstanden wurde.

„Genau das macht für mich heute noch die Faszination von Europa aus“, sagte Adenauer-Enkel Stephan Werhahn im Gespräch mit unserer Autorin in Berlin. Bis vor fünf Jahren hatte der 63 Jahre alte Rechtsanwalt und Wirtschaftsberater aus München kaum Zeit für zeitaufwendiges europäisches Engagement. Jetzt hat Stephan Werhahn zusammen mit dem unabhängigen Anlage-Experten Gottfried Heller und dem Wertpapieranalyst Ulrich Horstmann „SOS Europa“ veröffentlicht. Gemeinsam suchen die Autoren nach „Wegen aus der Krise“.

„Momentan geht etwas elementar schief in Europa“, stellte

Stephan Werhahn im Gespräch ohne Umschweife fest. Deshalb gründete der begeisterte Familienvater vor zwei Jahren das Institut „Europa der Marktwirtschaften“ (IEM) an der Steinbeis-University Berlin. IEM versteht sich als „Kompass für die weitere Gestaltung Europas“, will die wirtschaftsliberalen Grundsätze der Marktwirtschaft stärken und „die Würde des Menschen“ wieder in den Mittelpunkt stellen. Weil Stephan Werhahn von Kindheit auf mit der Idee eines freiheitlichen Europa aufgewachsen ist, war es für den Adenauer-Enkel lange Zeit völlig selbstverständlich, „irgendwann einmal in einem solchen Europa leben zu können“. Das ist für den Ökonom aus heutiger Sicht keineswegs mehr selbstverständlich.

Der Traum vom geeinten, friedlichen und von Wohlstand geprägten Europa

Seine Mutter Libet Werhahn, eines von acht Kindern Konrad Adenauers, hatte 1950 in den Werhahn-Clan eingeheiratet. Stephan Werhahn stammt somit aus einer Wirtschafts- und Gelddynastie in Neuss am Niederrhein, hat aber nie im Familienunternehmen gearbeitet. Der Familien-Clan setzt mit 400 Gesellschaftern und 200 Unternehmen etwa drei Milliarden Euro um, bilanzierte das „Handelsblatt“ zuletzt. „Mein Großvater, meine Mutter und meine ganze Umgebung hatten immer den Traum von einem geeinten, friedlichen und von Wohlstand geprägten Europa“, erinnert sich Stephan Werhahn, dessen Vater Herrman Josef Werhahn vor kurzem gestorben ist.

„Es berührt mich sehr, dass selbst mein Vater schon sehr europäisch gedacht hat und ich jetzt auch in seine Fußstapfen trete.“ Sohn Stephan, der in den USA studiert hat, gehört mittlerweile zu den glühenden Verfechtern der europäischen Idee, wie er sich selbst beschreibt.

„Der Euro hat unendlich viel wirtschaftliches Unheil gebracht“

Zunächst spüren die Autoren in „SOS Europa“ detailliert und kenntnisreich die Gründe für die eklatanten Fehlentwicklungen auf – und es wird eindrucksvoll auch an die enthusiastische Aufbruchstimmung erinnert. Dazu gehört die großspurige und, wie man heute weiß, unerfüllbare Vision der Lissabon-Agenda vor 16 Jahren: Europa sollte zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt gemacht werden. Stattdessen herrscht in den Mittelmeerländern heute Jugendarbeitslosigkeit, und während der Schuldenkrise wurden die Grundprinzipien der Währungsunion verraten, bilanzieren die Autoren. Der Adenauer-Enkel hat eigens die vier Erinnerungsbände seines Großvaters erneut gelesen, um die historischen Parallelen aufzuzeigen.

Der Euro hat „unendlich viel wirtschaftliches Unheil und menschliches Leid gebracht“, schreibt Stephan Werhahn. Er ist überzeugt, dass es mit Ludwig Erhard den Euro so nicht gegeben hätte. „Ludwig Erhards Idee war wirklich,

den einzelnen Bürger und Arbeitnehmer am Erfolg und am Wohlstand teilhaben zu lassen. Er wollte eine Volksaktie und nicht eine Aktie der Großaktionäre. Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, am Produktivvermögen Anteile zu besitzen und als Eigentümer und Unternehmer zu fungieren. Das war sein Vorschlag.“

Der Euro wurde zum „Sprengsatz, der den Hass untereinander schürt“.

Stephan Werhahn, dessen politische Heimat die CDU ist, belegt in „SOS Europa“ nachvollziehbar, dass der Euro längst kein Friedensprojekt mehr ist. Stattdessen ist der Euro ein „Sprengsatz geworden, der die EU auseinandertreibt und den Hass untereinander schürt“. Der Euro spaltet und schwächt Westeuropa, dazu gehört für den Ökonom auch die Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen. Das mache deutlich, in welcher Krise der Kontinent steckt.

Neben dem Euro ist die Migration die zweite große Belastungsprobe für Europa. Vor allem für die Wirtschaft sind seiner Meinung nach „stabile und offene Grenzen“ sehr wichtig. Der Rechtsanwalt beschreibt, dass aber weder der Maastricht-Vertrag ausgereicht hat, den Euro stabil zu halten, noch die Schengen-Verträge, um die Bevölkerungswanderung in die richtige Richtung zu steuern. Für Werhahn steht fest: „Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU ist erschüttert.“

Nur mit tiefgreifenden Reformen kann Europa wieder nach vorne gebracht werden.“

Wir sind gezwungen, in Europa Farbe zu bekennen

Stephan Werhahn engagiert sich wie sein Vater in der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU/CSU, deren Vorständen er auf Bundes- und Landesebene angehört. Für ihn sind Schlagworte wie „ehrbarer Kaufmann“ keineswegs nur leeres Gerede. Deswegen klingt es glaubhaft, wenn er sagt: „Wir sind gezwungen, in Europa Farbe zu bekennen.“ Frankreich und Deutschland sollten für ihn wieder die Motoren der europäischen Entwicklung sein.

Für den Adenauer-Enkel ist der Krieg in Syrien nur ein kleiner Anfang. „In den nächsten dreißig Jahren kommt ein riesiger Migrantstrom auf uns zu. Es werden eine Milliarde Menschen aus Afrika, aus Nordafrika vor der Haustüre Europas stehen“, so der Ökonom, „das kann man sich heute noch gar nicht vorstellen“. Für den Autor steht fest, Europa muss schon heute vorausschauend aktiv zu werden, und zwar in Afrika selber. „Ob das solarenergiebasierte Industrie ist, ob das der Anbau von Gemüse und Obst ist, ob das Weinherstellung ist. Wir müssen anfangen, mit Afrika ökonomisch Handel zu treiben und eine Wirtschaftsförderung aufbauen mit allen Konsequenzen. Der Druck, Europa richtig gut zu machen, dieser Druck nimmt zu.“

Stephan Werhahn fordert ein dezentrales, subsidiäres Europa

Ein friedlich geeintes, demokratisches Europa ist für Stephan Werhahn letztendlich nur in Verbindung mit einem freiheitssichernden Rechtsstaat möglich – und nur föderal denkbar. Ein dezentrales, subsidiäres Europa ist für ihn die beste Lösung. Das gelingt aber nur mit einer gewissen europäischen Staatlichkeit, wie er es nennt. Gemeint ist der teilweise Verzicht auf die Souveränität, eine gemeinsame Klima- und Außenpolitik oder ein gemeinsames militärisches Verteidigungsbündnis. Der Ökonom fordert zudem einen offenen Markt für Unternehmer und Arbeitnehmer mit einer Kartellbehörde als einer Art Schiedsrichter, die wie beim Fußballspiel für fairen Wettbewerb sorgen soll.

Europa ist kein alternder, absterbender Kontinent

Es mag befremdlich wirken, dass der Wirtschaftsberater immer wieder Bezug nimmt auf Papst Franziskus. Dessen Rede 2014 vor dem EU-Parlament ist in „SOS Europa“ zum Nachlesen sogar komplett abgedruckt. Stephan Werhahn hat es imponiert, „dass der Papst gnadenlos ehrlich in der Analyse der Missstände ist. Er vergleicht Europa mit einem Menschen, der schon alt ist und nichts Modernes mehr hervorbringen kann. Das ist genau ein Bild, was uns aufrütteln

soll.“ Den Adenauer-Enkel ärgert das EU-Bild vom „alternden, absterbenden Kontinent“. „Wir sind voller kreativer Ideen und Menschen, wir haben wunderbare Traditionen, wir müssen uns nur frei machen von den bürokratischen Regeln.“ Für Werhahn gilt es, die Kreativität der europäischen Bürger wieder zu entfachen. „Es braucht weniger Bürokratie. Stattdessen ist mehr Beteiligung der Bürger dringend notwendig. Derzeit wird eine gute Sache kaputt gemacht.“

Den Mensch in den Mittelpunkt stellen

Genau wie Papst Franziskus fordert Werhahn, „den Mensch wieder in den Mittelpunkt zu rücken und nicht nur Finanzen und Wirtschaft“. Wichtig ist in einer reformierten EU „dass es zwar eine christliche Wertebasis, eine christliche Kultur als Leitkultur gibt, aber andere Kulturen eingeladen sind hier zu sein. Sie werden akzeptiert und nicht ausgeschlossen“. Das Stichwort ist für Stephan Werhahn Inklusion im übergeordneten Sinne: „Die Inklusion von Andersgläubigen, von Andersdenkenden, von Menschen unterschiedlicher Rasse, Herkunft und Geschlecht. Genau das ist für ihn das Markenzeichen einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. „Das ist ein Traum, den wir in Europa realisieren könnten. Das sollten wir uns nicht nehmen lassen.“

Fazit

Die Autoren zeigen auf 240 Seiten – mit einem Vorwort von

EU-Kommissar Günter Oettinger – nicht nur die Schattenseiten auf, sie wollen auch zur Diskussion anregen. Das gut aufbereitete Buch ergreift spürbar Partei für ein dezentrales, subsidiäres Europa. Die Autoren weisen nach, dass solche Mantra-Sätze wie „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ ebenso wenig stimmen wie die Devise: „Wer einmal aus der EU austritt, kann nie mehr zurückkehren“.

Das Buch soll ein „Kompass für Europa“ sein, wie es im Untertitel heißt. Stephan Werhahn hat dazu zehn Punkte für die Gesundung der EU aufgestellt. Dazu gehört der unerlässliche Schuldenschnitt genauso wie die Möglichkeit für Staaten, aus der EU auszutreten und nach einer Regenerationsphase wieder einzutreten. Werhahn kann sich ein Kerneuropa aus sechs Ländern vorstellen – Frankreich, Italien, die Beneluxländer und Deutschland –, das offen ist für weitere Länder. „Die müssen sich dann aber den gemeinsamen Spielregeln einer direkten europäischen parlamentarischen Ordnung unterwerfen.“

Die Autoren versuchen, Antworten zu geben, wie das krisengerüttelte Europa im Wettbewerb mit der aufstrebenden globalen Konkurrenz bestehen kann. Sie liefern jede Menge fundiertes Hintergrundwissen, um über die Rettung von Europa – pro oder kontra – mitzudiskutieren. Eine Debatte, die bisher in der Öffentlichkeit kaum stattgefunden hat. Das will „SOS Europa“ ändern.

Zum Weiterlesen: Adenauer-Enkel: Mein 10-Punkte-Plan zur Rettung Europas (von Stephan Werhahn) auf www.focus.de

Weitere Informationen zum Steinbeis-Institut Europa der [Marktwirtschaften](#)

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17

50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-237
Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), s.bauer@sozialbank.de, Eva
Richter, Hella Krauß

Isabelle Hübner, i.huebner@sozialbank.de (Europa)
Maicke Mackerodt, info@mackerodt.de, www.rhein-reden.de
(Buchrezension „SOS Europa“)

ISSN: 1869-7631
Erscheinungsweise: monatlich